



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/227 - 1.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zur Grandval-Rede	S. 1
Schacht - Handelsreisender in Weltpolitik	S. 3
Halbzeit der Regierung Zinn	S. 4
Robert Ingrim - Aufrüster und Rückversicherer	S. 7

Frankreichs Bedingung: Deutscher Verzicht auf die Saar

(sp) Nach den Erklärungen des offiziellen Vertreters der französischen Regierung in Saarbrücken, Grandval, wird Frankreich die Bonner Verträge und den EWG-Vertrag nur dann ratifizieren, wenn eine Europäisierung der Saar - so wie sich Frankreich diese vorstellt - vorher zustande kommt. Grandval hat hinzugefügt, daß diese Europäisierung dann die Endlösung sein würde, und der Saarbrücker Landtagspräsident Zimmer meinte, wenn eine Europäisierung französischen Stils in Sichtweite sei, dann könne darüber noch vor den Landtagswahlen eine Volksabstimmung abgehalten werden.

Aus den übrigen Ausführungen Grandvals und Hoffmanns ging eindeutig hervor, daß nur bei einem deutschen Einverständnis mit einer französischen Europäisierung Paris und Saarbrücken einer Zulassung der deutschen Parteien und der Verschiebung der Landtagswahlen zustimmen werden. Mit anderen Worten: Frankreich verlangt von der Bundesrepublik den Verzicht auf die Saar, indem Bonn eine die Abtrennung des Saargebietes besiegelnde Europäisierung hinnimmt. Dazu ist festzustellen: Keine Regierung der Bundesrepublik kann eine solche Lösung annehmen. Sie würde damit gegen unsere Verfassung verstoßen und internationales Recht verletzen. Sie würde gleichzeitig entgegen dem gesetzten Recht und entgegen ihren politischen Pflichten ihre Bereitschaft zu

einem Verzicht erklären, dessen Auswirkungen dieser Regierung die letzte Legitimation für die Vertretung einer die deutsche Einheit proklamierenden Politik nehmen würden. Ein Bundeskanzler, der trotzdem der von Herrn Grandval gemeinten Europäisierung zustimmen wollte, würde mit den deutschen Rechten an der Saar auch die deutschen Rechte im Osten aufgeben.

Es ist nicht uninteressant, daß Grandval und Hoffmann gerade jetzt die französischen Bedingungen nannten. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich damit tatsächlich im Gegensatz zu den Auffassungen des ihnen vorgesetzten französischen Außenministeriums befinden, auch wenn ein Sprecher des Quai d'Orsay die in Saarbrücken gemachten Ausführungen abschwächen oder dementieren sollte. Nachdem der Bundeskanzler es immer wieder abgelehnt hat, über den Verlauf seiner mit Schuman geführten Saargespräche zu berichten, hat die deutsche Öffentlichkeit nun aus dem Munde Grandvals erfahren, an welchem Punkt diese Gespräche inzwischen angelangt sind. Es ist der Punkt, der bereits zu Zeiten des Außenministers Bidault erreicht war und den Schuman in den Körperschaften des französischen Parlaments immer wieder betont hat. Er läuft auf die These hinaus, daß Frankreich nur einer Lösung der Saarfrage zustimmen wird, wenn diese die Abtrennung des Saargebietes von Deutschland besiegelt. Daß Frankreich-durch Koppelung dieser Forderung mit dem Problem der Ratifizierung der Verträge - gegenüber der Bonner Koalition auch noch das versucht, was man im zivilen Leben als Expressung bezeichnet, berührt uns wenig; denn wir sind überzeugt davon, daß kein Mensch in Bonn, selbst wenn er es möchte, die französische Forderung nach einem Verzicht auf die Saar erfüllen kann.

+ + +

Deutschland, Israel und die arabischen Staaten

RW. Allüberall wo sogenannte Rassefragen oder nationalistische Vorurteile das politische Leben beherrschen, ist es schwer, mitunter gar unmöglich, sich über aktuelle Fragen vernunftgemäß auseinanderzusetzen.

Die deutsche Bundesrepublik hat sich, nicht zuletzt auf Betreiben der Sozialdemokratie bereit erklärt, dem Staate Israel und bestimmten jüdischen Organisationen Reparationen für den Hitlerschen Massenmord an jüdischen Menschen zu zahlen. Man sieht dies in Deutschland als eine moralisch-politische Pflicht an. In den arabischen Staaten aber, die die Republik Israel nur als eine neue europäische Kolonie ansehen, hat sich daraufhin ein Proteststurm erhoben. Mit Ausnahme des berühmt-berüchtigten ex-Mufti von Jerusalem, der ja ein großer Freund Hitlers war, weiß man in arabischen Kreisen meist nicht viel vom Nazi-Regime. Man läßt sich hierüber auch nicht auf Diskussionen ein, und die öffentliche Meinung der arabischen Staaten ist daher über Hitler und seine Untaten entweder nicht oder ganz unzulänglich informiert.

Der Proteststurm hatte sich noch nicht gelegt, als bereits eine neue Bewegung dieser Art, diesmal von Israel aus und gegen Großbritannien gerichtet, begann. Großbritannien liefert den arabischen Staaten Waffen, einmal weil es Einfluß auf die militärische Leitung dieser Staaten gewinnen oder erhalten will, zum anderen weil vertragliche Verpflichtungen vorliegen, und schließlich, weil es ziemlich klar ist, daß der Mittlere Orient zu den in einem Konfliktfall bedrohten Gebieten gehört. Waffen an die arabischen Staaten liefern, das bedeutet aber, so sagt man in Jerusalem, die Existenz des Staates Israel bedrohen, der ja mit keinem seiner Nachbarn in normalem Friedenszustand lebt.

Beide Protestbewegungen sind erklärbar. Doch dies löst die Frage nicht, die darin besteht, daß einige arabische Staaten die Existenz des Staates Israel nicht anerkennen wollen und daß andere, wie Ägypten und Jordanien, zum mindesten eine Regelung des seit Jahren

ungelösten Flüchtlingsproblems fordern, d.h. die Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel. Dies aber würde das Verhältnis zwischen Minderheit und Staatsvolk radikal zuungunsten des israelitischen Bevölkerungsteiles verändern, weswegen die israelitische Regierung solche Forderungen bisher strikte abgelehnt hat.

In die derart reichlich komplizierte Lage platzt nun der bekannte deutsche Fachmann für Geldschöpfungsfragen und wirtschaftlichen Imperialismus im Zeichen des goldenen Hakenkreuzes, Dr. Schacht. Wer eigentlich in Kairo auf die seltsame Idee kam, er sei der beste Mann, um ein System papierner Deckung der ägyptischen Schuldverschreibungen für die zu enteignenden Großgrundbesitzer auszuarbeiten, ist nicht ganz erfindlich. Auf alle Fälle glaubte Hitlers einstiger Minister nicht, sich einem derart ehrenvollen Auftrag entziehen zu können. Für den Großbesitz (in Deutschland) und gegen den Großbesitz (in Ägypten) - das macht dem immer noch rührigen Dr. Schacht keine Schwierigkeiten, vorausgesetzt, daß er dabei verdienen kann. Soweit es sich nur um Finanztechnik handelt, um die abgetakelten Paschas im Niltal über den Löffel zu balbieren, wäre hierzu nicht viel zu sagen. Wenn aber Herr Schacht, der angeblich alle Politik abgeschworen hat, den Ägyptern auch politische Ratschläge gibt, zum Beispiel den, einen zackigen und wohl von deutschen Fachleuten zu drillenden Arbeitsdienst einzurichten, dann geht das das ganze deutsche Volk an, dessen Namen angesichts der sehr fragwürdigen Berühmtheit des Ratgebers dabei unvermeidlich zu Schaden kommt. Und mehr noch müßte es sich die Bundesrepublik verbitten, daß der ehemalige Inhaber des Goldenen Hakenkreuzes Ratschläge darüber zu geben versucht, ob und in welcher Weise Reparationen an die Republik Israel gezahlt werden.

+ + +

Halbzeit in Hessen

G.W. - Wiesbaden

In dem einzigen Land der Bundesrepublik, das außer dem Stadtstaat Hamburg von einer rein sozialdemokratischen Mehrheit regiert wird, hat ein neuer Abschnitt der Parlamentstätigkeit begonnen.

Unmittelbar nach den Sommerferien hat der Hessische Landtag das Sonn- und Feiertagsgesetz verabschiedet, das nach jahrelangen Beratungen endlich auf diesem Gebiet eine einheitliche, und auch

den Hunderttausenden von Sportlern gerechtfertigte Regelung für das ganze Land brachte. Kurz darauf hat das Kabinett den Entwurf über die Neuordnung der Mittelstufe in der Landesverwaltung sowie des öffentlichen Banken- und Sparkassenwesens dem Landtag übergeben. Dieser Entwurf, der anstelle der drei Regierungspräsidien und zwei Landeskommunalverbände die Schaffung von drei staatlichen Landschaftsverbänden, mit je einem Landschaftspräsidenten an der Spitze und mit parlamentarischer Kontrolle vorsieht, bildet einen weiteren wichtigen Abschnitt der Verwaltungsreform, die durch die neue Gemeinde- und Landkreisordnung Anfang dieses Jahres eingeleitet wurde.

Während im ersten Teil der 2. Legislaturperiode im wesentlichen vorbereitende Arbeiten zu leisten waren und die finanziellen Grundlagen für die Durchführung des klaren sozialen Regierungsprogramms des Kabinetts Zinn geschaffen werden mußten, ist jetzt die konstruktive Phase der hessischen Regierungspolitik angebrochen. Dazu gehört in erster Linie die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung in diesem aus ehemals preußischen und volksstaatlich hessischen Gebieten zusammengesetzten Lande..

Auf der Grundlage der in der Hessischen Verfassung verankerten Unterrichts- und Lernmittelfreiheit sind weiterhin die Gesetzentwürfe zur Neuordnung des Schulwesens entstanden. Seit langem werden in der Öffentlichkeit die Entwürfe zum Schulunterhaltungs- und Schulverwaltungsgesetz diskutiert. Für die Ausbildung der Lehrkräfte ist ein neues Lehrerbildungsgesetz vorgesehen, das auch auf diesem Gebiet einheitliche und neuzeitliche Wege weist. Dabei wird auch die finanziell schwierige Lage der Lehrerschaft und insbesondere der Junglehrer berücksichtigt werden. Besondere Beachtung verdient das erste an der schönen Bergstraße entstehende Schuldorf Europas, in dem ab 1954 bis 1200 Kinder und Jugendliche vom Kindergarten bis zum Lehrerseminar alle Volks-, Berufs- und Aufbauschularten besuchen können.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Sozialisierung von entscheidender Bedeutung. Der Staatsgerichtshof hat nach langen Verhandlungen nunmehr die Rechtsgültigkeit und Wirksamkeit des Art. 41 der Hessischen Verfassung bestätigt, in dem die Sozialisierung der Grundstoffindustrien sowie des an Schienen oder Oberleitungen gebundenen

Verkehrswesens niedergelegt ist. Ein Gesetzentwurf über die Entschädigung der bisherigen Besitzer liegt ebenfalls dem Landtag vor. Die erneute Klage der FDP beim Bundesverfassungsgericht auf Ungültigkeit dieses Artikels der Hessischen Verfassung, der angeblich mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, kann aber die fortschrittliche Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung nicht beeinträchtigen. Wie sehr in der Praxis die Sozialisierung zur Leistungssteigerung beitragen kann, beweist die Erhöhung der Eisenerzförderung in Hessen um 100000 t im Jahre 1951 über die 788000 t des Jahres 1950 hinaus. Damit liegt jetzt auch die Leistung des einzelnen hessischen Bergmanns über dem Bundesdurchschnitt.

Eine besonders schwere Aufgabe fiel dem Lande Hessen zu, als sich im Juni dieses Jahres Tausende von Flüchtlingen aus dem Sperrgebiet der Sowjetzone, größtenteils wegen familiärer und wirtschaftlicher Bindungen im hessischen Grenzgebiet eine Unterkunft suchten. Großzügige Umsiedlungs- und Sonderbauprogramme in den Grenzkreisen gaben den Flüchtlingen im Rahmen des möglichen in kurzer Zeit eine neue Bleibe. Der sofortige Einsatz von erheblichen Landesmitteln und weiteren Beiträgen im Vorgriff auf kommende Hilfsmaßnahmen des Bundes sind für die schnelle und wirkungsvolle Hilfe entscheidend gewesen.

Der soziale Wohnungsbau steht außerdem weiterhin an der Spitze der Bemühungen, die die hessische Landesregierung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung, der Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten unternimmt. Große Schwierigkeiten bei der Finanzierung aller dieser wichtigen Aufgaben brachte die Erhöhung des an den Bund abzuführenden Einkommensteueranteils.

Die ehrlichen Bemühungen, zwischen Bevölkerung und Regierung einen engen und vertrauensvollen Kontakt herzustellen und eine weitgehende Stärkung der Selbstverwaltung zu erreichen, sind bereits sehr erfolgreich gewesen. Ebenso konnten trotz der schwierigen Sanierung des hohen Defizits im Staatshaushalt, wie es nach den Landtagswahlen im Jahre 1950 übernommen wurde, schon sichtbare Ergebnisse der neuen Politik der Regierung Zinn erreicht werden, die das Ziel, die Grundzüge einer sozialdemokratischen Bundespolitik erkennen zu lassen, in greifbare Nähe gerückt haben.

+ + +

Zwei Seelen in Ingrims Brust

(sp) Einer der journalistischen Hauptkämpen auf der Seite Adenauers und speziell für dessen Wiederaufrüstungspolitik - vor allem z.B. im "Rheinischen Merkur" - ist Robert Ingrim, Österreicher von Geburt, der lange Jahre in den USA gelebt und dort übrigens auch seinen Namen gewechselt hat. Vor einiger Zeit hat er auch ein Buch herausgebracht, "Die Rettung Deutschlands", die er - wie könnte es anders sein - in der Verwirklichung der Adenauerschen Konzeption sieht, speziell in einem möglichst umfassenden und schnellen militärischen Beitrag Deutschlands genau von der Art, wie die Amerikaner ihn wünschen.

Fast zu gleicher Zeit mit der Herausgabe dieser Propagandaschrift für die Bundesregierung zog der grimmige Ingrim in der Zeitschrift "Welt ohne Krieg", die in Westdeutschland erscheint und für östliche Gedankengänge und Ziele sehr aufgeschlossen ist, gegen eine deutsche Remilitarisierung zu Felde. Hier seine eigenen Worte:

"...mit Ausnahme jener ewigen deutschen Landsknechte, denen es gleichgültig ist, ob sie in der Fremdenlegion oder als 'deutsche Einheiten' unter amerikanischem Oberbefehl kämpfen, gestehen wir den Wunsch nach Frieden jedem anständigen Deutschen zu... Wir halten diesen Weg (Verteidigungsbeitrag) der westdeutschen Regierung für einen schweren politischen, militärischen und psychologischen Fehler! Er bringt uns in die Gefahr, die gerade vermieden werden soll... Es ist der Weg des geringsten Widerstandes, weil er im tiefsten Grunde nicht aus einer deutschen Erwägung heraus, sondern aus der geistigen Hörigkeit der Besatzungsmacht gegenüber entspringt. Er beraubt uns... des letzten Restes unserer politischen Freiheit... Er wird unser Volk in den Krieg und damit in den Abgrund führen".

Kein schönes Bild, das diese Aufrüstler mit Rückversicherung abgeben. Leider gibt es ihrer mehr, als man gemeinhin annimmt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau